

Rede von LUISE HARMS

Preisträgerin der PRO ASYL-Hand 2013, die sie zusammen mit ihrem Mann Gerjet Harms erhielt

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren,
ein Menschenrechtspreis für uns! Mein Mann und ich haben uns erst gegen diesen Vorschlag gewehrt, im Sinne von: zu viel Ehre für einen Einsatz, der zwar mühsam, sehr mühsam, aber für uns selbstverständlich war. Als ich über diese Sache einen Artikel in unserem regionalen Gemeindebrief schreiben sollte, erleichterte mich der Gedanke, dass wir diese Ehrung gern entgegennehmen: stellvertretend für alle, die unsere Mitstreiter waren, vorher schon in mehreren Kirchenasylen in unserer Kirche und in den vergangenen acht Jahren beim Kampf um die Rückkehr Gazales und seit einem halben Jahr beim Kampf um ihre Wiedereingliederung im Behördendickicht, den im wesentlichen Frau Jutta Rübke führt, die heute leider nicht kommen konnte.

Gazale sagte einmal zu mir: „Ich hatte gehofft, nach bitteren acht Jahren nach Hause zu kommen in ein Deutschland, in dem ich seit meinem 6. Lebensjahr 20 Jahre gelebt habe.“ Jeder Einsatz für Menschenrechte verdient Würdigung. Er muss wieder mehr zur Kultur gehören und herausgeholt werden aus der psychologischen Schmutzdecke eines Helfersyndroms! Der Einsatz von Frau Uhlmann und mir (sie sitzt unter uns und hat zusammen mit ihrem Mann Gazale und ihre Kinder im Zug begleitet), also unser Einsatz begann mit einem Brief an alle evangelischen Kirchengemeinden des Kirchenkreises Hildesheim zu Weihnachten im Abschiebejahr 2005, in dem wir die Unmenschlichkeit dieser Abschiebung thematisierten im Hinblick auf das Weihnachtsfest.

Wir wissen nicht, ob dieser Brief vorgelesen wurde. Es kam keine Reaktion. Nicht jeder freilich kann sich in gleicher Intensität engagieren. Da hilft manchmal sehr ein „Danke, dass ihr das mit für uns macht“. Aber um ein bestimmtes Ziel zu erreichen, braucht es eine Gruppe von Menschen, die am Ball bleiben, Kontakte zur Unterstützung knüpfen, Spenden sammeln, Demos organisieren. Für Gazale waren es um die zehn Leute, die das taten, und sich immer wieder in den Räumen des Flüchtlingsrates um Kai Weber trafen, leider oft nur, um sich gegenseitig über den Frust auszutauschen und ein schreckliches Ohnmachtsgefühl mit nach Hause zu nehmen: Was sollten wir nun wieder Gazale in Izmir berichten? Wie sollten wir es sagen, damit sie ihre Hoffnung nicht verliert?

Durch die jedes Jahr stattfindende Demo rund um den Abschiebetag am 10. Februar und die zunehmende Begleitung durch die Presse im letzten Jahr blieb das Thema lebendig, sodass viele

Leser schon genervt waren und entsprechende Leserbriefe schrieben. Auch die Beteiligung im Internet nahm immer mehr zu, sodass wir einmal beim Niedersachsntag unserem „Abschiebeminister“, dem damaligen niedersächsischen Innenminister Uwe Schönemann, 5.000 von Campact gesammelte Unterschriften überreichen konnten. Seine Reaktion: Wenn meine Frau abgeschoben worden wäre, würde ich ihr folgen. Genau das war das Kalkül der Ausländerbehörde gewesen!

Eine besondere Art von Anteilnahme entstand in meinem Fall erst am 5. Jahrestag von Gazales Abschiebung, als ich mich, angeregt von einer Mitdemonstrantin, entschloss, mit ihr zu telefonieren. Wir beide wechselten uns dann ab und stärkten uns gegenseitig in unseren Sorgen um Leben und Gesundheit von Gazale. Besucht wurde sie einmal jährlich von der Ärztin Frau Dr. Penteker, die heute nicht kommen kann wegen einer wichtigen Sitzung des Netzwerks für traumatisierte Flüchtlinge. Sie gönnte ihr auch mal ein paar Tage am Strand von Izmir und hatte viel zu tun, um Gazale aufzurichten. Mein Mann und ich besuchten sie im Oktober letzten Jahres anlässlich einer kleinen Urlaubsreise. Da zeigte sie uns unter Tränen einen Karton mit Briefen und Malereien, die ihr Amina u. Nuhra geschickt hatten in der Hoffnung, dass sie bald zurückkäme.

Inzwischen sind die beiden Mädchen erwachsen und haben ihre Mutter erst vor sieben Monaten zum ersten Mal wiedergesehen, denn: Gazale hatte trotz unserer Bemühungen kein Besuchervisum erhalten, weil sie keine Angaben über Bindungen und Besitztümer in der Türkei machen konnte. Aber man hatte sie als vermeintliche Türkin abgeschoben!

Im Laufe der Jahre wurden die Kontakte zwischen den Familien weniger, weil beide Seiten mit ihrem eigenen schwierigen Leben zurechtkommen mussten und für die Sorgen der anderen Seite keine Kraft vorhanden war. Der Ehemann kämpfte für sein Bleiberecht und für seine Arbeitsstelle. Die Töchter mussten ohne Mutter auskommen und hatten glücklicherweise ihre Großmutter. Kein Wunder, dass Tage nach den Umarmungen im Flughafen schmerzlich erfahren wurde, dass man sich durch die brutale Trennung voneinander entfernt hatte. Genauso, wie es Stefan Klein in der Süddeutschen Zeitung beschrieben hat, unter der Überschrift „Glück ist flüchtig“.

Erst jetzt, nach sieben Monaten, haben wir Unterstützer das Gefühl, dass es zu einer vorsichtigen Annäherung zwischen beiden Familien kommt und die gegenseitigen Schuldzuweisungen weniger werden. Denn hier gibt es keine Schuld, nur die der Behörden, die gegen das Grundgesetz gehandelt und eine Familie acht Jahre lang getrennt haben – mitten im Frieden. Und keiner der

Beamten hat je in die Augen dieser geschlagenen und verletzten Menschen geschaut. Sie haben sich nach der Gesetzeslage gerichtet ohne diese nach dem Grundgesetz zu prüfen.

Und damit komme ich zu meinen letzten Überlegungen und zu einer Art Botschaft. Wir haben es mit einem in sich geschlossenen System zu tun, das sich selbst nicht in Frage stellt und von keinem in Frage gestellt wird. Alle Kritiker von außen geraten sofort in den Verdacht, Recht und Ordnung auszuhöhlen. Schünemann im Originalton bei der Frage nach einer Rückkehr von Gazale: „Möchten Sie, dass ich das Gesetz breche?“

Und wieder steckt Gazale im Dickicht von “Gesetz und Ordnung“ und der Blumenstrauß von unserem neuen Innenminister für Gazale, im Flughafen überreicht, droht in diesem Dickicht zu verwelken. Denn für Gazale gilt nicht das Asylbewerberleistungsgesetz, da wir Unterstützer uns für mindestens ein Jahr verpflichten mussten, für ihren Unterhalt zu sorgen, was wir nun mit ihrem Ehemann teilen. Krankenversichert wird sie von der AOK nur, wenn sie eine Arbeit hat. Und diese hat sie noch nicht. So fühlt sich Gazale weiter als Opfer. Wann wird die deutliche Kehrtwende in der niedersächsischen Ausländerpolitik bis zu den Beamten vor Ort vordringen, die über die Einzelschicksale entscheiden?

Falls keine staatliche Wächterinstanz möglich ist (wenn auch dringend nötig), müssten alle Menschenrechtsbüros deutlich besser von staatlicher Seite unterstützt werden. Das gehört zur Demokratie! Dringend erforderlich ist auch die Einrichtung einer Stelle zur Wiedergutmachung für das Leiden der Opfer, denn es wird leider immer Fehlentscheidungen geben. Wer zahlt die erlittene Traumatisierung?

Und nun freue ich mich, zusammen mit meinem Mann die Ehre annehmen zu dürfen, stellvertretend für die vielen, die an einem in sich geschlossenen System rütteln und die in unserem Grundgesetz garantierten Menschenrechte einfordern, und ab und zu auch Erfolg haben.

Luise Harms
14.9.2013